

Leipziger Impulsgespräch

„Wir brauchen mehr Kommunikation und weniger Exkommunikation.“

Unsere Gesellschaft befindet sich im Krisenmodus, nicht erst seit Corona. Die Pandemie verstärkt nur die seit Längerem schwelenden Konflikte. Migration, Klimawandel, Abwanderung von der ländlichen Peripherie in die urbanen Zentren und viele andere ungelöste Probleme – sie alle tangieren die große Frage der sozialen Gerechtigkeit und gewinnen durch die Pandemie und die Maßnahmen zu deren Bekämpfung eine noch höhere Brisanz. Der ohnehin gefährdete Zusammenhalt der Gesellschaft droht gänzlich zu schwinden. Wie lässt sich dem entgegenwirken? Welche neue gemeinsame Basis können wir schaffen, um gegenseitige Verständigung wieder zu ermöglichen?

Herausgeber Gernot Barth im Gespräch mit Frank Richter

Gernot Barth: Herr Richter, als Theologen, Bürgerrechtler in der DDR wie auch als Abgeordneten im Sächsischen Landtag sehe ich Sie als jemanden, der sich immer um Vermittlung und um Integration bemüht. Der Titel Ihres Buches „Hört endlich zu“ spricht mir aus der Seele, weil ich vom Grunde her auch immer ein Zuhörer bin. Darin sehe ich den Zugang zu allen möglichen Konfliktlösungen.

Frank Richter: Ich wurde christlich erzogen, übrigens in einer großen Freiheit. Kirche in der DDR bedeutete für mich Freiheit und nicht Repression. Unser Pfarrer hat mit uns viel diskutiert und intensiv, manchmal stundenlang meditiert. Als Theologiestudent habe ich das dann weitergeführt.

Mir ist später einmal der Gedanke gekommen, dass Meditation und Mediation nicht nur begrifflich sehr nah beieinanderliegen, sondern auch substantiell sehr viel miteinander zu tun haben.

Das sich Hineinversenken in eine andere Gedankenwelt und die Freude, dass man ganz angefüllt sein kann von etwas anderem, ohne sich selbst dabei zu verlieren, ist etwas sehr Schönes.

In der Kirchenreligionsgeschichte spielte die Meditation einmal eine große Rolle, das ist aber verlorengegangen durch Rationalisierung und Institutionalisierung.

Die Dogmatiker haben sich durchgesetzt und die müssen es auf den rationalen Punkt bringen, doch wenn dieser nicht nachvollzogen wird, folgt die Inquisition. Das ist unheilvoll. Das Leben, der Glauben und das Lieben sind vielfältig und mehrdeutig. Das ist wertvoll, wurde jedoch in der europäischen Geistesgeschichte als Mangel missverstanden, es wurden Eindeutigkeiten erzwungen. Das hat uns ganz bestimmt nicht in

eine größere menschliche und soziale Qualität geführt, um mich vorsichtig auszudrücken.

Das Nach-innen-Gehen hat im abendländischen Raum letztlich auch das Ziel, sich nach außen zu wenden. Was assoziieren Sie, wenn Sie „Zusammenhalt der Gesellschaft“ hören? Oder: Was hält die Gesellschaft Ihrer Meinung nach zusammen?

Zunächst fällt mir dabei natürlich ein, dass wir in Sachsen jetzt ein Ministerium für gesellschaftlichen Zusammenhalt haben. Ich weiß gar nicht, ob ich das gut finden soll, aber der Staat kümmert sich von höchster Stelle um gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das ist die politische Seite der Medaille, sie darf nicht fehlen in unserer Gesamtbetrachtung.

Das zweite, was mir einfällt, ist: Religio heißt vom Ursprung her „die Zurückbindung“ und damit auch die Zusammenbindung, die Bindung. Im Osten Deutschlands sagen viel mehr Menschen als anderswo, dass sie mit Religion nichts zu tun haben. Sie meinen damit mehrheitlich keine Ablehnung, sondern eine Leerstelle in ihrem Denken und Fühlen. Sie sind auch mehrheitlich nicht religionsfeindlich; ich glaube, dass offensive Religionsfeindlichkeit in Sachsen gar keinen Platz hat. Sie begegnet mir nicht, wohl aber Ignoranz und Distanz. Vielleicht müssen wir auch darüber einmal nachdenken, dass ausgerechnet in einer solchen Gesellschaft die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt ganz neu aufkommt, ein Defizit erkannt und ministeriell bearbeitet wird.

Darüber hinaus sehe ich noch etwas anderes. Ich meine das Auseinanderdriften der Gesellschaft. Manche sprechen gar von einer gespaltenen Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass die Gesellschaft gespalten ist, weil „gespalten“ bedeutet, dass sich

bestimmte Bereiche so weit voneinander getrennt haben, dass sie gar nicht mehr zusammenkommen. Selbst wenn es so wäre, sollte man es nicht laut sagen. Ich glaube, dass es so weit noch nicht gekommen ist. Es sind durchaus noch Bindekräfte vorhanden: Wir haben dieselbe Staatsbürgerschaft, wir haben einen gesetzlichen Rahmen, in dem wir uns bewegen. Der wird zwar nicht immer eingehalten, aber es gibt ihn. Die Europäische Union ist eine großartige Idee und ein vernünftiges politisches Projekt.

Das heißt, es gibt nach wie vor eine ganze Reihe von äußeren Faktoren, die einen gewissen Zusammenhalt garantieren.

Das ist die rechtliche und politische Seite. Außerdem ist die politische Ordnung der Bundesrepublik nichts Schlechtes, sie ist gut. Die Ordnung ist in Ordnung. Es gibt zwar ein paar Baustellen, aber die gibt es überall, wo Menschen am Werk sind. Erst einmal muss man mit Blick auf die deutsche Geschichte fragen: Wann hat Deutschland jemals so eine vernünftige politische Ordnung gehabt? Das heißt aber ganz und gar nicht, dass diese Ordnung innerlich auch mit Leben gefüllt wird. Das ist eine ganze andere Ebene und auf dieser Ebene sehe ich ein Auseinanderdriften in mehrfacher Hinsicht. Diese Entwicklung ist nicht auf Deutschland beschränkt, aber in Deutschland für mich deutlich erkennbar.

Das Auseinanderdriften der Lebensverhältnisse, auch des Verständnisses der Wirklichkeit einerseits in den urbanen Zentren, andererseits in den ländlichen Peripherien dieses Landes ist extrem und nimmt weiter zu.

Wir haben Dörfer in Sachsen, in denen die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung von der derjenigen in den urbanen Zentren

himmelweit entfernt ist – und umgekehrt. Diese Auseinanderdrift spiegelt sich in sozialen Verhältnissen, in politischen Verhältnissen, im Wahlverhalten, in Zukunftsperspektiven. Der Staat gerät, was die Daseinsvorsorge betrifft, für die er verantwortlich ist, in manchen Regionen an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Erst hat er sich neoliberalistischem Ungeist folgend längere Zeit zurückgezogen und jetzt, wo er merkt, dass das falsch war, versucht er, in bestimmte Bereiche zurückzukehren, und schafft es kaum. Die großen Gegensätze zwischen Stadt und Land müssen wir im Blick behalten.

Ist darin nicht schon ein eskalierter Konflikt zu sehen, dass die Stadtbevölkerung die Landbevölkerung abwertet und umgekehrt?

Ich kann nicht behaupten, dass das einherginge mit einer Höher- oder Niederbewertung der jeweiligen anderen Lebensform. Mag sein, dass das so ist. Ich kann lediglich erkennen, dass die Wahrnehmung der Andersartigkeit und Fremdartigkeit zunimmt. Man spricht dieselbe Sprache, man lebt im selben Land, aber man sieht seine eigene Wirklichkeit und die soziale und politische Wirklichkeit des Landes ganz anders. Die anderen werden immer fremder, auch unheimlicher. Die Frage, ob damit auch eine Abwertung verbunden ist, würde ich offenlassen.

Das Fremde macht einem seine eigene Begrenztheit bewusst.

Für viele ist das schwer auszuhalten, also muss man es moralisieren oder politisieren und findet seine Identität und Sicherheit in der Ablehnung anderer, im Nationalistischen oder im Ethnozentristischen. Diese Politisierung ist eine Bewältigungsstrategie, um mit dieser Fremdheit umgehen zu können. PEGIDA steht für „Patriotischer Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Wer dieses Kürzel erfunden hat, dem muss man leider einen Preis für Marketingstrategie verleihen. Es ist zur Marke geworden. Außerdem ist es gelungen, ein Sammelbecken zu bauen, in dem viele Zusammengehörigkeit erleben und eine neue Identität entwickeln konnten.

Das wäre jetzt eine mögliche Konfliktlinie: Stadt versus Land. Und dann kommt noch die Migrationsbewegung hinzu, die man de facto nicht stoppen kann. Mit Globalisierungsprozessen entsteht auch eine Migrationsbewegung, und ob man die nun gutheißt oder nicht, ist eigentlich gar nicht die Frage.

Die Migration hat eine destabilisierende Wirkung, und zwar nicht nur in den Ankunfts-ländern, sondern auch in den Herkunftslän-





dern und unterwegs, was manchmal aus dem Blick gerät. Sie hat auch eine destabilisierende Wirkung auf die Gesellschaften: auf die, aus denen die Menschen kommen, auf jene, in die die Menschen gehen, und auch die Gesellschaften, in denen sie sich unterwegs aufhalten. Es ist ein soziales und ein politisches Problem, mit dem verschiedene Gesellschaften unterschiedlich umgehen.

Migration verlangt nach politischer Steuerung, weil sie sonst unsere Gesellschaften destabilisiert.

Die Art und Weise, wie beispielsweise Polen reflexartig reagiert, ist ja auch eine Möglichkeit der Steuerung. Dabei stellen sich mir natürlich viele politische und rechtliche Fragen, Fragen nach Menschenrechten usw. Ignoriert Polen damit nicht auch elementare europäische Standards? Die Abschottung gegenüber den Flüchtlingen ist in der polnischen Gesellschaft mehrheitsfähig. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Andere Gesellschaften wie die englische oder auch die französische, die Zuwanderung schon seit Jahrhunderten kennen, haben gewisse Mechanismen entwickelt. Auch dort läuft Vieles schief, aber diese Gesellschaften haben ein grundsätzlich offeneres Verhältnis zur Migration. Wir stehen hier vor einer gewaltigen Gestaltungsaufgabe. Ich war früher ziemlich unbefangen und meinte, dass Bildung, Sozial- und Integrationspolitik alles schnell ausgleichen könnten. Ich bin zunehmend skeptisch geworden, nicht migrationsfeindlich – das überhaupt nicht. Aber die politische Gestaltungsaufgabe ist immens.

Das ist wieder eine Konfliktlinie, die die Gesellschaft erst einmal etwas auseinandertreibt. Wie wir sie auflösen, ob wir dadurch eine stärkere Individualisierung haben? Ich denke, wir müssen uns grundsätzlich von dem Gedanken verabschieden, in einer Konsensgesellschaft zu leben. Stattdessen entwickeln wir uns hin zur Konfliktgesellschaft, in der wir sozusagen permanent mit Konflikten leben, mit Menschen um uns herum in Verhandlungen treten und uns infolgedessen einen Habitus zulegen müssen.

Ich definiere das als einen mediativen Habitus. Den haben wir verlernt.

Die Unübersichtlichkeit und die Unsicherheit, die mit diesen verschiedenen Auseinanderentwicklungen der Gesellschaft einhergehen, auszuhalten, bedarf einer gewissen Sicherheit und Stabilität. Ich kann nicht von früh bis abends an 365 Tagen im Jahr alles Mögliche neu verhandeln und mich mit allen anderen über alles Mögliche verständigen. Das überfordert meine Kraft und ich glaube, Ihre auch, wenn ich das mal so sagen darf. (lacht) Wir brauchen gewisse Stabilisatoren; die können wir auch Selbstverständlichkeiten nennen. Wir brauchen seelische Resilienz, das heißt Widerstandsfähigkeit im Inneren, die im Individuum durchaus angelegt ist.

Also, wo sind die Stabilisatoren, die uns helfen, die Instabilitäten in der Gesellschaft auszuhalten?

Erziehung und Bildung entwickeln diese Stabilisatoren: Ein gebildeter Mensch zeichnet sich dadurch aus, dass er weiß, dass man alles immer auch anders machen kann. Bildung ist die gedankliche und emotionale Fähigkeit, sich in andere Situationen hineinzusetzen, den eigenen Ordnungsraum zu verlassen und sich in einem anderen Ordnungsraum zu bewegen. Das sind kognitive und emotionale Leistungen. Ich glaube, wir können sie erbringen. Es ist nichts Übermenschliches, was da von uns verlangt wird; aber sie ist nicht einfach vorhanden. Sie muss entwickelt und gebildet werden und leider ist unser Erziehungs- und Bildungssystem, so wie ich es wahrnehme, für diese Aufgabe nicht gut geeignet. Es scheint mir eher auf die Applizierung von Wissensbeständen hinzuwirken statt auf die Entwicklung seelischer Stabilität.

Schule war meiner Ansicht nach nie anders. Es gab immer wieder Reformen und Änderungsversuche, aber das Grundmuster ist geblieben. Dieser Spruch ist eigentlich ironisch und nicht realitätszugewandt: „Nicht für die Schule, sondern für das Leben

lernen wir.“ Nein. In der Schule lernt man schon immer für die Schule – systemtheoretisch betrachtet für die nächste Schulform. Mir fällt gerade noch ein anderer schöner Spruch ein. Martin Luther sagte: „Hier stehe ich und kann nicht anders.“ Der Bildungsanspruch heute müsste sein: „Hier stehe ich – ich könnte auch anders.“

Als katholischer Theologe stehe ich dem Satz von Martin Luther äußerst skeptisch gegenüber. Meine Skepsis gilt freilich nicht dem Satz für sich genommen, sondern dem Ereignis und seinen Folgen. Das reformatorische Ereignis war zu Luthers Zeiten notwendig, um bestimmte Missstände abzuwenden.

Aber die Auswirkungen des Prinzips, das er damit praktiziert und postuliert hat, waren nun weiß Gott nicht nur positiv. Hier hat sich etwas manifestiert und verfestigt. Ich meine den Individualisierungsschub und die Unerbittlichkeit, die Kompromiss- und Gnadenlosigkeit, in der die eigene Position gegen die Position anderer behauptet wird.

Ich bin ein Anhänger des Ablasses, der zu Luthers Zeiten völlig diskreditiert war aufgrund der hemmungslosen Kommerzialisierung, die Johannes Tetzel und andere betrieben haben. Aber vom Prinzip her ist er eine absolut vernünftige Angelegenheit, weil er geeignet ist, einem Menschen, der sich aufgrund eigener Schuld disqualifiziert hat und exkommuniziert werden musste, also quasi ins Asoziale gestoßen wurde, eine Brücke zu bauen und ihn unter bestimmten Konditionen zurückzuholen. Heutzutage spricht man von Resozialisierung.

Ablass heißt, man lässt auch irgendwann einmal ab vom Urteil und arrangiert sich mit dem Verurteilten, bietet ihm eine Brücke, wieder in die Gesellschaft zurückzukommen.

Das Wort Ablass bedeutet ja „etwas lassen oder auf sich beruhen lassen“. Wenn ich Ihnen eine Buchempfehlung aussprechen darf, dann lesen Sie bitte von Hugo Ball *Die Folgen der Reformation. Zur Kritik der deutschen Intelligenz*. Ball, der Begründer des Dadaismus, hat das Buch nach dem Ersten Weltkrieg geschrieben und auf eine polemische, aber gut nachvollziehbare Weise die Linie gezeichnet: von der Unerbittlichkeit, die im Satz Luthers steckt, über das Verständnis des deutschen Nationalstaats, der bei Hegel die schiere Inkarnation des Weltgeistes bedeutete, bis hin zur deutsch-nationalen Selbstüberschätzung. Die Interpreten des Buches von Hugo Ball sagen, dass er den Nationalsozialismus am Horizont kommen sah.



Die lutherische Situation ist auch eine eskalierte Situation, in der er sich befand. Wie sieht es denn heute aus? Die hochgradige Individualisierung plus die Gnadenlosigkeit, den eigenen Standpunkt durchzusetzen – konflikttheoretisch ist das eine Linie. Dort befinden wir uns auch heute. Der Ablass wirkt auf Konsens hin, während das andere auf Konflikt hinwirkt.

Das Konstrukt des Ablasses funktionierte, solange man eine allenthalben akzeptierte Basis hatte, auf die man sich zurückziehen konnte. Das heißt, der Ausschluss (die „Exkommunikation“) und die Eskalation konnten zurückgenommen werden, weil es eine gemeinsame Basis, eine Rückzugslinie, gab. Das war damals der gnädige Gott, die Kirche war „nur“ die Vermittlerin, indem sie Gottes Gnadenschatz verwaltete. Tolle Idee, oder? Das Prinzip könnte man heute auf die Finanzpolitik anwenden. Die Notenbank verwaltet einen Schatz. Er umfasst Billionen von Euro und ist im Prinzip nichts anderes als die Wette auf eine bessere Zukunft, so wie damals der Schatz der Kirche ein Versprechen auf die Gnade Gottes bedeutete. Wenn wir heute eine diverse, heterogene Gesellschaft sehen, in der so viel eskaliert, kann das ja auch damit zusammenhängen, dass die Beteiligten weder eine gemeinsame Basis haben, auf die sie sich zurückziehen können, noch eine gemeinsame Wette auf eine gute Zukunft, keine Vision. Sie müssen sich hier und heute durchsetzen und gnadenlos ins gegnerische Feld stoßen. Sie kennen keine Rückzugsmöglichkeit. Jetzt wäre die 100.000-Euro-Frage:

Wo gewinnen wir als Gesellschaft eine neue Basis, auf die wir uns alle zurückziehen können, und zwar unter Gesichtswahrung?

Ein Rückzug muss so organisiert werden, dass keiner der Streitparteien dabei sein Gesicht verliert. Ich möchte mich nicht als Verlierer zurückziehen, ich will mich als Gewinner zurück-

ziehen. Also: Win-win-Situationen organisieren, in denen alle Beteiligten den Eindruck haben: Wenn ich bei meiner Position nachgebe, gewinne ich, auch und gerade in der öffentlichen Wahrnehmung.

Mir ist das sehr praktisch klar geworden, als ich 2011/12 die Aufgabe hatte, die *Arbeitsgruppe 13. Februar* in Dresden zu moderieren. Der 13. Februar ist der Gedenktag in Dresden, an dem an die Zerstörung erinnert wird und dieser Gedenktag wird von allen möglichen Gruppen gebraucht und auch missbraucht. Am 13. Februar 2011 war die Situation in Dresden extrem eskaliert, dahingehend sogar, dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen auf den Straßen kam. Die rechtsextremen haben linke Wohngruppen mit Molotowcocktails angegriffen und die Linksextremen haben die Polizei angegriffen, es gab Verletzte.

Daraufhin bat mich der Oberbürgermeister, diese *Arbeitsgruppe 13. Februar* zu moderieren, um unter den Beteiligten eine Befriedung herzustellen. Es herrschte große Angst, dass der 13. Februar des Folgejahres wieder genauso extrem verlaufen könnte wie in jenem Jahr. Ungefähr 25 Parteien saßen dabei auf Einladung des Oberbürgermeisters am Tisch und nach der ersten Runde war mir klar, dass das überhaupt nicht funktioniert, weil alle irgendetwas redeten, aber keiner die Wahrheit sagte. Und dann haben wir, meine Kollegin und ich, ca. 25 bilaterale Gespräche geführt. Das waren Vier- oder Sechs-Augen-Gespräche; wir wollten herausfinden, was jede Partei in Wirklichkeit meinte. Aus diesen Gesprächen haben wir dann ein Konsenspapier elaboriert. Ein Satz darin lautete: „Es stört uns, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, dass die Art und Weise, wie die anderen mit dem 13. Februar umgehen, moralisch höherwertig ist, als die Art, wie wir mit dem 13. Februar umgehen.“ Das Verrückte war, diesem Satz haben alle sofort zugestimmt. Alle störte es, dass der Eindruck entstanden war, dass die anderen moralisch höherwertig handelten als sie selbst.

Mir wird gleich ganz warm ums Herz. Das ist die Mediation.

Am Ende dieses Prozesses wurde es mir nahezu unheimlich. Die Kontrahenten lagen sich dann fast in den Armen, natürlich nur verbal. Das war dann fast zu viel des Guten. Aber so gelang wirklich der Durchbruch. Wir wären politisch nicht zusammengekommen, wir wären rechtlich, juristisch nicht zusammengekommen, weil bei manchen enorme Blockaden existierten, menschlich war es schwierig. Die moralische Ebene musste eingezogen und stabilisiert werden: Wir respektieren einander insofern wechselseitig, als dass wir selbstverständlich davon ausgehen, dass der andere es genauso gut meint wie wir. Als das in Papier gegossen war und alle unterschrieben hatten, hatten wir eine Basis, auf der wir aufbauen konnten.

Tolle Geschichte. Was sind die Dimensionen, bei denen Sie sagen: Da muss was passieren, damit die Gesellschaft zusammenbleibt und nicht radikal vereinzelt und eskaliert.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft hat nicht nur individuelle, psychologische und mentale Voraussetzungen. Er hat auch soziale und ökonomische Voraussetzungen oder zumindest Implikationen. Das sollten wir nicht vergessen, weil die Menschen Wesen aus Fleisch und Blut sind. Sie wollen auch ihre basalen Bedürfnisse befriedigen, das müssen sie tun.

Wenn immer mehr Menschen in Armut geraten oder in existenzielle Nöte, dann ist das auch ein Faktor, der dem sozialen Zusammenhalt widerspricht.

Corona verstärkt das Phänomen noch. Papst Franziskus hat das in seiner Weihnachtsbotschaft genau richtig formuliert. Sinngemäß hat er gesagt: „Die ökologische Krise und die Krise der himmelschreienden sozialen Ungerechtigkeit wird durch die Coronakrise verschlimmert.“ Das ist, glaube ich, die richtige Verhältnisbestimmung für die Krisen, in denen wir uns gerade befinden. Die Pandemie und deren Bekämpfung sollten nicht isoliert betrachtet werden, sondern in ihrem Zusammenhang mit den beiden anderen Krisen – der ökologischen Krise und der sozialen Ungerechtigkeit.

Der Staat muss Sicherheiten organisieren, er muss Auffangnetze spannen, um den Menschen ihre existenziellen Nöte zu nehmen. Dafür muss er Solidargemeinschaft organisieren, denn der Staat ist ja ein Instrument und nicht der Sinn an sich. Wir müssen den deutschen Staat nicht schlechtreden. Aber er macht es nicht gut genug. Vor allem handelt er viel zu bürokratisch. Die Gesellschaft hält durch den allgemeinen und einfachen Eindruck zusammen: Es geht gerecht zu. Ich meine damit das Gefühl: Die Dinge sind halbwegs vernünftig organisiert

Bildquelle: shutterstock.com/Tobias Volmar





und die Güter sind gerecht verteilt. Dieses Grundgefühl ist seit vielen Jahren verlorengegangen. Die Güter dieser Gesellschaft sind ungleich und ungerecht verteilt. Viel Geld verdient man mit viel Geld und nicht mit viel Arbeit. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Hier ist der Staat gefragt, Ausgleich zu organisieren. Vermögenssteuer wäre ein Stichwort. Wir müssen über einen Corona-Soli reden. Die Corona-Krise hat dafür gesorgt, dass viele Menschen in existenzielle Nöte geraten und andere noch viel reicher geworden sind, als sie vorher schon waren. Das heißt, die Corona-Krise hat Gewinner und das muss benannt, ausgerechnet und korrigiert werden.

Das wäre jetzt noch die nächste Ebene. Corona verschärft alle Konflikte, bringt sie auf einen höheren Eskalationsgrad, und das muss auch bearbeitet werden. Im Moment haben wir dafür noch gar nicht den Blick.

Es wird im Bundestagswahlkampf, wenn wir jetzt mal ganz politisch werden wollen, ganz sicher ein Thema sein. Ich bin mal gespannt, wie die Sozialdemokratie damit umgeht. Ich glaube, sie verliert weiter an Sympathie, wenn sie diesem Thema ausweicht. In einem solchen Fall würde mir nicht mehr einfallen, warum ich die rote Fahne noch hochhalten soll. (lacht)

Abschließend möchte ich noch kurz auf einen Aspekt zu sprechen kommen: Wie bewerten Sie die Rolle der Medien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Als Gesellschaft leben wir in einem Informations-, Kommunikations- und Interpretationsraum, den wir miteinander teilen, und dieser wird maßgeblich von medialer Berichterstattung gefüllt und gestaltet. Ich erinnere mich, dass die Leute vor 20 oder 30 Jahren alle am Abend die *Tagesschau* geguckt haben. Eine Viertelstunde hat gereicht, war auch gut genug, war Qualitätsjournalismus. Am nächsten Morgen konnten alle mit-

einander darüber reden, was am Vorabend in der *Tagesschau* gesendet wurde. Das Bild stimmt vielleicht nicht ganz, aber in der Tendenz ist es zutreffend.

Es war ein gemeinsamer Zeichenvorrat, den man am nächsten Tag hatte.

Schöner Begriff. Einen solchen Raum gibt es nicht mehr. Es gibt ungezählte, segmentierte Räume der Information und der Kommunikation, Menschen, die sich in Filterblasen bewegen und nur noch mit denen kommunizieren, die ohnehin so ähnlich denken wie sie selbst. Diese Entwicklung geht einher mit den sogenannten sozialen Netzwerken und den technischen Möglichkeiten, mit denen wir heute kommunizieren können. Hier besteht eine gigantische Aufgabe, von der ich nicht weiß, wie sie bewältigt werden soll. Die öffentliche, faktenbasierte, wahrheitsorientierte Information und Kommunikation ist ein öffentliches Gut der Daseinsvorsorge. So wie um sauberes Wasser und saubere Luft muss der Staat sich darum kümmern, sonst fällt uns die Gesellschaft auch in dieser Hinsicht auseinander.

Wer soll denn sonst öffentliche Daseinsvorsorge leisten, wenn nicht der Staat, nämlich jenseits von kommerziellen und privaten Interessen?

Wir haben es mit einer ins Archaische zurückfallenden Gesellschaft zu tun, die in einzelne Stämme zerfällt: der Facebook-Stamm, der Twitter-Stamm, der WhatsApp-Stamm, die alle ihre eigenen Wahrheiten haben und miteinander teilen. Und selbst innerhalb dieser „Stämme“ gibt es Streit und wechselseitige Ausgrenzung. Das vom Staat regierte und verwaltete Gemeinwesen fällt auseinander. Hier haben wir eine weitere Baustelle. Im Grunde bräuchten wir in dieser hochkomplexen Gesellschaft – auch ökonomisch gesehen – viel intelligentere, ständig mitlaufende Kommunikationsprozesse, die wechselseitige Akzeptanz herstellen und Zusammenhalt organisieren.

Welch tolles Schlusswort, Herr Richter. Vielen Dank für dieses anregende Gespräch.

Frank Richter

Theologe, Bürgerrechtler, Politiker. 1989 Mitbegründer der „Gruppe der 20“ in Dresden. 2009–2017 Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, 2017–2018 Geschäftsführer der Stiftung Frauenkirche Dresden, seit 2019 parteiloses Mitglied des Sächsischen Landtags (Fraktion der SPD). Aktuelle Publikationen: *Hört endlich zu! Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet* (Ullstein 2018) und *Gehört Sachsen noch zu Deutschland? Meine Erfahrungen in einer fragilen Demokratie* (Ullstein 2019). Kontakt: www.f-richter.net

